

Recherchenbericht

Skandale, Affären und innerparteiliche Kontroversen der CDU Schleswig-Holstein und ihrer regionalen Verbände

Stand der Recherche: 20. August 2026

Untersuchungszeitraum: Schwerpunkt 1980er Jahre bis August 2026

Hinweis zur Einordnung: Dieser Bericht unterscheidet bewusst zwischen nachgewiesenen bzw. parlamentarisch dokumentierten Vorgängen, politischen Affären, innerparteilichen Konflikten und bloßen Vorwürfen. Die Bezeichnung „Skandal“ wird nicht automatisch übernommen, nur weil sie in Medien oder politischen Debatten verwendet wurde.

Der Bericht betrachtet sowohl die Landespartei und CDU-geführte Landesregierungen als auch Kreis- und Ortsverbände. Ein Vorgang wird einem regionalen Verband nur dann zugerechnet, wenn eine belastbare Verbindung besteht. Ereignisse aus einem Kreis, bei denen CDU-Mitglieder keine zentrale Rolle hatten, werden ausdrücklich als solche gekennzeichnet.

1. Kurzfazit

Die Geschichte der CDU Schleswig-Holstein ist ungewöhnlich stark von politischen Affären geprägt. Der mit Abstand gravierendste Fall ist die Barschel-Pfeiffer-Affäre von 1987, die aus der CDU-geführten Staatskanzlei herausging und die Landespolitik nachhaltig veränderte. Die schleswig-holsteinische Landesregierung selbst bezeichnet die Kieler Affäre rückblickend als einen der größten politischen Skandale der Bundesrepublik und als Auslöser einer grundlegenden Verfassungs- und Parlamentsreform. [1][2]

Daneben sind vier weitere Komplexe für eine CDU-spezifische Betrachtung besonders relevant: die Auswirkungen der CDU-Bundesspendenaffäre auf den Landtagswahlkampf 2000, die HSH-Nordbank-Krise unter CDU-Mitverantwortung, der Rücktritt des CDU-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Christian von Boetticher 2011 sowie mehrere jüngere Fälle, in denen die CDU-geführte Landesregierung bzw. ihre Spitzenpolitiker politisch unter erheblichen Druck gerieten.

Für die regionale Ebene ist das Bild deutlich differenzierter. In Kiel ist die innerparteiliche Wahlmanipulationsaffäre von 2013 gut dokumentiert. 2026 sorgte im Raum Neumünster/Segeberg ein ungewöhnlich großer Eintritt neuer Mitglieder kurz vor einer Kandidatenaufstellung für einen heftigen innerparteilichen Konflikt; die zuständige Satzungsinstanz stellte anschließend ausdrücklich fest, dass keine Zweifel an der Wirksamkeit der Aufnahmen bestanden. Das ist deshalb ein Beispiel für eine Kontroverse, nicht für einen nachgewiesenen Skandal. [3][4]

In Dithmarschen ragt aktuell der Northvolt-Komplex heraus. Er ist regional unmittelbar mit Heide verbunden und politisch eng mit der CDU-geführten Landesregierung verknüpft. Allerdings handelt es sich nicht um einen „CDU-Kreisverband-Skandal“ im engeren Sinne. Das Landesverfassungsgericht stellte 2026 eine Verletzung der parlamentarischen Informationspflicht im Zusammenhang mit der Wandelanleihe fest; Ministerpräsident Daniel Günther räumte einen Fehler bei der Information des Landtags ein. [5][6]

Gesamtbewertung: Die schwersten CDU-bezogenen Fälle in Schleswig-Holstein liegen historisch auf Landesebene. Auf Kreisebene finden sich eher Kandidaten-, Macht- und Aufstellungsstreitigkeiten. Für Nordfriesland und Schleswig-Flensburg ließ sich in der vorliegenden Recherche kein vergleichbarer, belastbar dokumentierter CDU-Skandal von landesweiter Bedeutung identifizieren. Das ist eine Aussage über den Recherchefundus, nicht der Beweis, dass es dort niemals kleinere lokale Affären gegeben hat.

2. Methodik und Bewertungsmaßstab

Für die Recherche wurden insbesondere parlamentarische Quellen des Schleswig-Holsteinischen Landtags, offizielle Landes- und CDU-Seiten, historische Bestände der Konrad-Adenauer-Stiftung, NDR, überregionale Presseberichte sowie historische Darstellungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte herangezogen. Bei aktuellen Fällen wurden Quellen aus 2025 und 2026 bevorzugt.

Die Fälle werden in vier Kategorien eingeordnet:

- Kategorie A – nachgewiesener bzw. parlamentarisch festgestellter Vorgang: Es liegen belastbare Feststellungen, Rücktritte, Urteile oder Untersuchungsausschuss-Ergebnisse vor.
- Kategorie B – politische Affäre mit erheblicher CDU-Verantwortung: Die politische Verantwortung ist deutlich, die strafrechtliche oder individuelle Verantwortlichkeit aber nicht vollständig gleichzusetzen.
- Kategorie C – innerparteiliche Kontroverse: Wahl-, Personal- oder Machtkonflikte innerhalb der CDU, ohne dass ein Rechtsverstoß feststeht.
- Kategorie D – Vorwurf/Prüffall: Es existieren ernsthafte Vorwürfe, deren Ergebnis offen oder widerlegt ist.

Diese Unterscheidung ist journalistisch wichtig. Besonders bei politischen Parteien besteht sonst die Gefahr, einen ungeklärten Vorwurf rückwirkend als Tatsache darzustellen. Bei den Fällen 2013 in Kiel und 2026 Neumünster/Segeberg wird deshalb ausdrücklich zwischen dem Vorwurf und dem späteren Prüfungsergebnis unterschieden.

3. Barschel-Pfeiffer-Affäre / Waterkantgate / Kieler Affäre (1987)

Einordnung: Kategorie A/B – schwerwiegendster CDU-bezogener politischer Skandal Schleswig-Holsteins

Uwe Barschel war Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und CDU-Politiker. Kurz vor der Landtagswahl 1987 veröffentlichte der Spiegel Recherchen über eine Kampagne gegen den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm. Im Mittelpunkt stand der von Barschel in der Staatskanzlei beschäftigte Medienreferent Reiner Pfeiffer. Die Vorwürfe umfassten unter anderem Bspitzelung, eine anonyme Anzeige wegen angeblicher Steuerhinterziehung und weitere Maßnahmen zur politischen Beschädigung Engholms. [2][7]

Barschel wies die Vorwürfe zunächst vehement zurück und gab auf einer Pressekonferenz am 18. September 1987 sein berühmtes Ehrenwort ab. Nachdem die Affäre weiter eskalierte und die FDP eine Zusammenarbeit mit ihm ablehnte, trat Barschel am 2. Oktober 1987 als Ministerpräsident zurück. Am 11. Oktober wurde er in einem Hotel in Genf tot aufgefunden. Die Todesumstände sind bis heute Gegenstand von Spekulationen; für die politische Bewertung der Affäre ist jedoch entscheidend, dass der parlamentarische Untersuchungsausschuss die Vorgänge in der Staatskanzlei untersuchte. [2][7]

Der erste Untersuchungsausschuss kam 1988 zu einer für Barschel politisch verheerenden Bewertung. Nach der Darstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung kam er zu dem Ergebnis, die Aktionen gegen Engholm seien durch Pfeiffer auf Anweisung Barschels ausgeführt worden; Barschel habe sein Amt missbraucht und demokratische Normen verletzt. Gleichzeitig wurde die CDU Schleswig-Holstein als Partei nicht als organisatorisch in die Machenschaften verwickelt festgestellt. [2]

Die spätere Aufarbeitung relativierte einzelne Feststellungen. Der zweite Untersuchungsausschuss von 1993 bis 1995 bezweifelte die Glaubwürdigkeit Pfeiffers und konnte eine persönliche Verwicklung Barschels nicht zweifelsfrei nachweisen. Gleichwohl blieb die politische Verantwortung der CDU-geführten Staatskanzlei für die Entstehung der Affäre ein zentraler Bestandteil der historischen Bewertung. [2][8]

Folgen für die CDU: Bei der Wahl 1988 fiel die CDU auf 33,3 Prozent, während die SPD 54,8 Prozent erreichte. Die Affäre führte zudem zu einer grundlegenden Verfassungs- und Parlamentsreform. Die heutige Landesverfassung stärkte unter anderem Parlament, Opposition und Bürger gegenüber der Landesregierung. [1][9]

Journalistische Bewertung: Der Fall darf weder auf „Barschel war persönlich in allem schuldig“ verkürzt noch mit dem Hinweis auf spätere Zweifel an einzelnen Beweisen verharmlost werden. Sicher ist, dass die CDU-geführte Staatskanzlei den institutionellen Rahmen schuf, in dem Pfeiffers Aktivitäten möglich wurden, und dass der Skandal das Land politisch erschütterte.

4. CDU-Spendenaffäre und ihre Wirkung auf Schleswig-Holstein (1999-2000)

Einordnung: Kategorie B – Bundesaffäre mit erheblicher Wirkung auf die Landes-CDU

Die große CDU-Spendenaffäre Ende der 1990er Jahre war primär eine Bundesaffäre. Dennoch hatte sie in Schleswig-Holstein unmittelbare politische Auswirkungen. Die CDU trat 2000 mit dem früheren Bundesverteidigungsminister Volker Rühe als Spitzenkandidaten an. Die Spendenaffäre überschattete seinen Wahlkampf und trug nach historischer Darstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung wesentlich zum schlechten CDU-Ergebnis von 35,2 Prozent bei. [10][11]

Besonders interessant für Schleswig-Holstein ist die Verwendung von Bundesmitteln im Landesverband. Ein historisches CDU-Dokument nennt unter anderem 100.000 DM, die 1997 bar an den damaligen Landesvorsitzenden Ottfried Hennig geflossen sein sollen, sowie weitere 65.000 DM, die dem Landesverband zugeordnet und für den Kauf eines Autos verwendet worden seien. Die Quellenlage muss hier sauber von den spektakulären schwarzen Kassen der Bundes-CDU getrennt werden: Nicht jede im Rechenschaftskomplex genannte Zahlung war automatisch illegal. [12]

Zeitgenössische Berichte zeigen außerdem, dass die Spendenaffäre den innerparteilichen Machtkampf verschärfte. Nach der Wahlniederlage 2000 gerieten Landeschef Peter Kurt Würzbach und Spitzenkandidat Rühe offen aneinander. Mehrere Kreisverbände forderten einen personellen Neuanfang; der Kreisverband Nordfriesland forderte sogar den Rücktritt des gesamten Landesvorstands. [13][14]

Wichtig für die regionale Recherche: Nordfriesland war hier nicht der Ort eines eigenen Spenden-Skandals. Der Kreisverband trat vielmehr als Akteur in einer landesweiten innerparteilichen Führungskrise auf. Das ist ein gutes Beispiel dafür, warum regionale Beteiligung und regionale Verantwortung nicht gleichgesetzt werden dürfen.

5. HSH Nordbank: Landesbank-Krise und politische Verantwortung

Einordnung: Kategorie A/B – institutioneller Skandal mit CDU-Mitverantwortung

Die HSH Nordbank entstand 2003 aus der Fusion der Landesbanken Hamburgische Landesbank und Landesbank Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein und Hamburg waren politisch und wirtschaftlich eng mit der Bank verbunden. Die Bank entwickelte sich in den Folgejahren zu einem der größten politischen und finanziellen Problemfälle Norddeutschlands.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags untersuchte die Fehlentwicklungen seit der Gründung 2003 bis Herbst 2009 und insbesondere das Handeln und die Verantwortlichkeit des Bankvorstands sowie der Mitglieder der Landesregierungen in den Aufsichtsgremien. Der Ausschuss legte seinen Abschlussbericht 2011 vor. [15]

Die politische Brisanz liegt für die CDU darin, dass zentrale Phasen der HSH-Geschichte in Zeiten CDU-geführter Landesregierungen stattfanden. Der damalige Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) geriet insbesondere wegen der Frage unter Druck, ob das Parlament ausreichend über Risiken informiert worden war. Zeitgenössische Berichte warfen der Landesregierung vor, Risiken gegenüber dem Landtag nicht vollständig offengelegt zu haben. [16]

Die spätere Abwicklung wurde zu einer enormen Belastung für die öffentlichen Haushalte. Die Bank wurde 2018 an private Investoren verkauft. In der öffentlichen Debatte wurden die Gesamtlasten für Hamburg und Schleswig-Holstein auf viele Milliarden Euro beziffert. Für eine faire CDU-Bilanz ist allerdings festzuhalten: Die Verantwortung war über mehrere Regierungen, Parteien und die Bank selbst verteilt. Die HSH-Krise ist deshalb kein ausschließliches CDU-Problem.

Besonderer Recherchehinweis: Der Fall eignet sich für einen Bericht über politische Kontrollmechanismen, Aufsicht und Transparenz besser als für die pauschale These „CDU verursachte HSH“. Die parlamentarische Aufarbeitung ist hier die zentrale Primärquelle.

6. Christian von Boetticher: Rücktritt 2011

Einordnung: Kategorie B – politische/persönliche Affäre, kein strafrechtlicher Verstoß

Christian von Boetticher war CDU-Landesvorsitzender und designierter Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2012. 2011 wurde öffentlich, dass er eine bereits beendete Beziehung zu einer damals 16-jährigen Person gehabt hatte. Von Boetticher trat am 14. August 2011 als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat zurück. [17][18]

Nach damaligen Angaben lag kein Rechtsverstoß vor. Die politische Konsequenz wurde vielmehr mit moralischer und politischer Verantwortung begründet. Der Rücktritt erfolgte auf erheblichen Druck aus der Partei und wurde zum schweren Einschnitt für die Nord-CDU wenige Monate vor der Landtagswahl. [17]

Die Affäre ist auch regional interessant, weil die CDU damals mehrere Regionalkonferenzen organisierte, unter anderem in Tarp im Kreis Schleswig-Flensburg, um nach dem Sturz des Spitzenkandidaten einen Neuanfang zu organisieren. Das macht Schleswig-Flensburg zu einem Schauplatz der parteiinternen Aufarbeitung, nicht aber zum Ursprungsort der Affäre. [19]

Spätere Entwicklung: Von Boetticher versuchte in den 2020er Jahren ein politisches Comeback. 2024 scheiterte er bei der Aufstellung im Wahlkreis Pinneberg deutlich. Das ist kein neuer Skandal, zeigt aber, dass die alte Affäre politisch nachwirkte. [20]

7. Hans-Joachim Grote und die Causa Innenministerium (2020)

Einordnung: Kategorie B/D – Rücktritt, Ermittlungsumfeld und politische Kontroverse

Hans-Joachim Grote (CDU) trat am 28. April 2020 als Innenminister Schleswig-Holsteins zurück. Ministerpräsident Daniel Günther nahm den Rücktritt an. Hintergrund waren staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen einen Polizeibeamten und die Frage, in welchem Umfang Grote mit einem Journalisten und dem Beamten kommuniziert hatte. Günther warf Grote vor, in diesem Zusammenhang falsche Angaben gemacht zu haben. [21][22]

Der Vorgang löste im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags eine heftige politische Auseinandersetzung aus. Grote widersprach Teilen der Darstellung Günthers; die Opposition warf der Landesregierung wiederum Unwahrheiten vor. Der Fall wurde deshalb nicht nur zu einer Personalfrage, sondern zu einer Debatte über politische Kommunikation, Journalistenkontakte, Polizei und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. [23]

Eine weitere Ebene entstand durch spätere Vorwürfe innerhalb des NDR Schleswig-Holstein. Mitarbeitende kritisierten 2022 die Berichterstattung über den Fall und vermuteten einen politischen Filter zugunsten der damaligen Landesregierung. Eine interne NDR-Prüfung fand später keine Belege für einen solchen politischen Filter, stellte aber ein gestörtes Redaktionsklima und Kommunikationsprobleme fest. [24][25]

Bewertung: Der Rücktritt des Ministers ist unstrittig. Die weitergehenden Vorwürfe über politische Einflussnahme auf Medienberichterstattung sind dagegen nicht als erwiesener CDU-Skandal zu behandeln. Für einen journalistischen Bericht müssen beide Ebenen strikt getrennt werden.

8. „Patenonkel-Affäre“ um Daniel Günther (2019)

Einordnung: Kategorie D – politische Kritik, keine nachgewiesene Vetternwirtschaft

2019 geriet Ministerpräsident Daniel Günther wegen Personalentscheidungen in die Kritik. Medien thematisierten, dass Personen aus seinem politischen Umfeld Karriere in der Landesregierung gemacht hatten und teilweise persönliche Verbindungen zu Günther bestanden. Daraus entstand der Begriff „Patenonkel-Affäre“. [26]

Der Kern der Kontroverse war die Frage, ob persönliche Nähe und politische Beförderungen zu eng miteinander verbunden waren. Die bloße Existenz persönlicher Beziehungen beweist jedoch keine unzulässige Personalentscheidung. Deshalb ist der Fall als politische Personaldebatte und nicht als nachgewiesener Korruptions- oder Vetternwirtschaftsskandal zu klassifizieren.

Für die journalistische Aufarbeitung ist der Fall trotzdem relevant, weil er ein wiederkehrendes Muster politischer Skandalisierung zeigt: In einer stark personalisierten Landespolitik werden Karriereentscheidungen schnell als Beleg für ein Netzwerk interpretiert. Der Nachweis einer unzulässigen Einflussnahme erfordert jedoch mehr als zeitliche Nähe und persönliche Bekanntschaft.

9. Kieler CDU: Wahlmanipulationsvorwürfe 2013

Einordnung: Kategorie A/C – innerparteilicher Vorgang mit festgestelltem Tatverdacht

Auf dem Kieler CDU-Kreisparteitag am 19. Januar 2013 kam es zu Vorwürfen von Wahlmanipulationen. Der Parteitag musste bei einzelnen Wahlgängen abgebrochen werden. Der Kreisvorstand beauftragte den Staatsanwalt Stephan Redlin, die Vorgänge zu untersuchen. [27]

Der im März 2013 veröffentlichte Bericht des Kieler CDU-Kreisverbands ist ungewöhnlich konkret: Redlin habe festgestellt, dass sich gegen eine beschuldigte Person der Tatverdacht der Wahlfälschung hinreichend bestätigt habe. Der Kreispartei wurde empfohlen, ordnungsrechtliche Maßnahmen einzuleiten. Die betroffene Kandidatin verlor anschließend die Bestätigung für ihre Kandidatur; ein Parteiausschlussverfahren wurde beantragt. [28]

Parallel dazu entstand eine öffentliche Debatte über die Rolle von Neumitgliedern mit Migrationshintergrund. Die CDU Kiel wies ausdrücklich zurück, dass die Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit zu tun habe, und verwies darauf, dass Mitglieder mit Migrationshintergrund aufgenommen und in Kandidaturen berücksichtigt worden seien. [29]

Bewertung: Dieser Fall ist wesentlich belastbarer als eine bloße Medienaffäre, weil die CDU selbst eine interne Untersuchung dokumentierte und einen hinreichenden Tatverdacht feststellte. Er ist aber nicht mit einem staatlichen Strafurteil gleichzusetzen. Die genaue strafrechtliche Konsequenz ist aus den hier zugänglichen Quellen nicht vollständig rekonstruierbar.

10. Neumünster/Segeberg: Streit um mehr als 50 Neueintritte (2026)

Einordnung: Kategorie C/D – aktuelle innerparteiliche Kontroverse, Vorwürfe anschließend nicht bestätigt

Im Frühjahr 2026 kam es zwischen der CDU Neumünster und dem Kreisverband Segeberg zu einem ungewöhnlichen Streit. Mehr als 50 Personen traten an einem Wochenende in die CDU Neumünster ein. Ein erheblicher Teil soll vom Kreisvorsitzenden Hauke Hansen angeworben worden sein. Kritiker vermuteten, die Neueintritte könnten dazu dienen, eine bevorstehende Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl 2027 zu beeinflussen. [30]

Die Kontroverse hatte konkrete politische Folgen: Landwirtschaftsministerin Cornelia Schmachtenberg (CDU) zog ihre Kandidatur im Wahlkreis Neumünster/Boostedt zurück; die Mitgliederversammlung wurde verschoben. [30]

Entscheidend ist jedoch das spätere Ergebnis. Der Landessatzungsausschuss der CDU Schleswig-Holstein stellte im Juni 2026 fest, dass keine Anhaltspunkte für Zweifel an der Wirksamkeit der Aufnahmen bestanden. Damit wurde der zentrale Vorwurf, die Mitgliedsaufnahmen seien satzungswidrig oder unwirksam, gerade nicht bestätigt. [30][31]

Journalistische Bewertung: Der Fall darf als innerparteiliche Macht- und Aufstellungskrise bezeichnet werden. Ihn als „Mitgliederfälschung“ oder „Wahlbetrug“ zu bezeichnen, wäre nach dem dokumentierten Prüfergebnis nicht haltbar.

11. Dithmarschen: Northvolt und die politische Verantwortung der CDU-geführten Landesregierung

Einordnung: Kategorie A/B – aktueller politischer Verantwortungs- und Informationsskandal, kein Kreisverbands-Skandal

Die geplante Northvolt-Batteriefabrik bei Heide ist einer der größten aktuellen politischen Konfliktfälle Schleswig-Holsteins. Der Standort liegt im Kreis Dithmarschen. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) unterstützte das Projekt politisch stark; auch Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) verteidigte die Arbeit der Landesregierung. [32][33]

Das Projekt geriet nach der Insolvenz von Northvolt unter erheblichen politischen Druck. Besonders relevant ist nicht allein das wirtschaftliche Scheitern, sondern die Frage, ob der Landtag vor der Entscheidung über eine 300-Millionen-Euro-Wandelanleihe ausreichend informiert wurde. Der Landtag veröffentlichte dazu Unterlagen und berichtete über die weitere Offenlegung von Akten. [34]

2026 wurde die Sache rechtlich erheblich zugespitzt: Das Landesverfassungsgericht stellte nach der Berichterstattung des NDR fest, dass der Landtag vor seiner Entscheidung umfassender hätte informiert werden müssen. Günther räumte daraufhin einen Fehler bei der Informationspolitik der Landesregierung ein. Zugleich verteidigte er die damalige Grundentscheidung. [5][6]

Damit ist Northvolt journalistisch stärker als Fall politischer Verantwortung denn als persönlicher Korruptionsskandal einzuordnen. Es gibt keinen Beleg dafür, dass CDU-Politiker persönlich von der Insolvenz profitiert hätten. Der belastbare Vorwurf betrifft vielmehr Informations- und Kontrollpflichten.

Regionale Bedeutung: Für Dithmarschen ist dies der mit Abstand bedeutendste aktuelle CDU-nahe politische Konflikt in dieser Recherche, weil Standortentscheidung, Förderpolitik, Arbeitsplätze, kommunale Erwartungen und Landespolitik direkt zusammenlaufen.

12. Dithmarschen: Landratswahl 2024 und die AfD-Frage

Einordnung: Kategorie C/D – politische Kontroverse, kein nachgewiesener CDU-Skandal

2024 wurde Thorben Schütt (CDU) zum Landrat des Kreises Dithmarschen gewählt. Die Wahl wurde bundesweit beachtet, weil die AfD behauptete, geschlossen für Schütt gestimmt zu haben. Schütt hatte zuvor erklärt, das Amt nicht mit Unterstützung der AfD antreten zu wollen. [35]

Die Stimmenlage machte die Behauptung der AfD jedoch nicht eindeutig überprüfbar. Vertreter anderer Parteien hielten es für möglich oder sogar wahrscheinlich, dass Schütt die erforderliche Mehrheit ohne AfD-Stimmen erreicht hatte. Deshalb lässt sich aus dem Wahlergebnis kein belastbarer Nachweis einer CDU-AfD-Absprache ableiten.

Für eine Recherche über CDU Schleswig-Holstein ist der Vorgang dennoch interessant, weil er die seit 2024/2025 besonders sensible Frage berührt, wie CDU-Kandidaten mit AfD-Stimmen umgehen. Er sollte aber als politische Kontroverse und nicht als bewiesener „Pakt“ dargestellt werden.

13. Regionale Verbände: Schleswig-Flensburg und Nordfriesland

Schleswig-Flensburg:

In der Recherche ließ sich kein CDU-Kreisverbands-Skandal von vergleichbarer Schwere wie Barschel, HSH oder die Kieler Wahlmanipulationsaffäre belegen. Der Kreisverband spielte allerdings wiederholt eine Rolle bei landesweiten CDU-Krisen. 2011 fanden im Kreisgebiet, unter anderem in Tarp, Regionalkonferenzen statt, auf denen nach dem Rücktritt Christian von Boettichers der Neuanfang der Nord-CDU diskutiert wurde. [19]

Ein aktueller regionaler Konflikt ist die Sanierung des Wikingecks in Schleswig. Der CDU-Kreisverband kritisierte 2026 die Bundesregierung wegen der Kosten- und Verantwortungsfrage. Das ist jedoch kein CDU-Skandal, sondern ein politisch umkämpftes Infrastruktur- und Altlastenthema. [36]

Nordfriesland:

Nordfriesland ist historisch vor allem als innerparteilicher Akteur der Nord-CDU interessant. Nach der Landtagswahl-Niederlage 2000 forderte der Kreisverband einen personellen Neuanfang und den Rücktritt des Landesvorstands. [13][14]

Später prägte Ingbert Liebing als Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter die CDU in Nordfriesland und wurde 2014 Landesvorsitzender. In den zugänglichen Quellen dieser Recherche findet sich jedoch kein belastbarer großer Skandal, der dem Kreisverband Nordfriesland selbst zugerechnet werden müsste. Das gilt ausdrücklich nicht als Aussage, dass auf Orts- oder Gemeindeebene nie kleinere Konflikte existiert hätten.

14. Weitere Kreisverbände: Was sich belastbar sagen lässt

Die CDU Schleswig-Holstein besteht aus zahlreichen Kreisverbänden, darunter Flensburg, Kiel, Lübeck, Neumünster, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Steinburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Ostholstein und Herzogtum Lauenburg. Für eine journalistisch belastbare Gesamtbilanz muss vermieden werden, jeden lokalen politischen Streit zum „Skandal“ hochzustufen.

Besonders ergiebig für weitere Einzelrecherchen sind derzeit Kiel sowie Neumünster/Segeberg, weil dort konkrete interne Wahl- und Aufstellungsprozesse dokumentiert sind. Für Dithmarschen ist Northvolt der herausragende politische Fall. Für Schleswig-Flensburg und Nordfriesland zeigt die Recherche dagegen vor allem ihre Einbindung in landesweite CDU-Personal- und Machtfragen.

Ein weiterer methodischer Punkt: Manche der schwersten Skandale des Landes fanden zwar unter CDU-Regierungen statt, waren aber keine CDU-Skandale. Dazu gehören etwa die Pröhl-/Lohmann-Komplexe der frühen 2000er Jahre, die vor allem die SPD-geführte Regierung unter Heide Simonis betrafen. Eine Recherche, die diese Fälle einfach der CDU zuschlägt, wäre falsch. Die CDU war dort überwiegend Opposition und Untersuchungsausschuss-Akteur. [37][38]

Ebenso ist die Rocker-Affäre der Jahre 2018 ff. nicht als CDU-Skandal im engeren Sinn zu behandeln. Zwar stellte die CDU den Innenminister und mehrere Mitglieder des Untersuchungsausschusses; der Ausschuss untersuchte jedoch mögliche Missstände in der Landespolizei und nicht ein Fehlverhalten der CDU als Partei. [39]

15. Chronologie der wichtigsten CDU-bezogenen Fälle

Jahr	Vorgang	Einordnung
1987	Barschel-Pfeiffer-Affäre / Waterkantgate	CDU-geführte Staatskanzlei; Rücktritt Barschel; tiefgreifende Verfassungsreform.
1988–1995	Untersuchung und zweite Aufarbeitung	Erste Feststellungen werden später teilweise relativiert; politische Verantwortung bleibt umstritten.
1997	Finanz-/Parteivermögenskomplex	Dokumentierte Zahlungen und Verwendung von Mitteln im Umfeld des CDU-Landesverbands.
1999–2000	CDU-Bundesspendenaffäre	Bundesaffäre überschattet die schleswig-holsteinische Landtagswahl; schwere Landespartei-krise.
2000	Führungskrise Rühle/Würzbach	Nordfriesland fordert personellen Neuanfang; Landeschef Würzbach tritt zurück.
2003–2011	HSN-Nordbank-Komplex	Landesbankkrise; parlamentarische Aufarbeitung; CDU trägt Mitverantwortung über Landesregierung und Aufsicht.
2011	Von-Boetticher-Affäre	Landesvorsitzender und Spitzenkandidat tritt zurück; Beziehung zu einer 16-jährigen war nicht strafbar.
2013	Kieler Wahlmanipulationsaffäre	Interne Untersuchung bestätigt hinreichenden Tatverdacht gegen eine Person; parteirechtliche Folgen.
2019	Patenonkel-Affäre	Kritik an Personalentscheidungen im Umfeld Daniel Günthers; kein nachgewiesener Vetternwirtschaftsfall.
2020	Causa Hans-Joachim Grote	CDU-Innenminister tritt nach Konflikt mit Günther und im Umfeld polizeilicher Ermittlungen zurück.
2022–2023	NDR-„politischer Filter“-Debatte	Vorwürfe im Zusammenhang mit Grote-Berichterstattung; interne Prüfung findet keinen Beleg für politischen Filter.
2024	Dithmarschen: Landratswahl	CDU-Kandidat Schütt gewinnt; Streit über behauptete AfD-Unterstützung, aber kein belastbarer Nachweis einer Absprache.
2025–2026	Northvolt	CDU-geführte Landesregierung gerät wegen Förder- und Informationspolitik unter Druck; Verfassungsgericht beanstandet Information des Landtags.
2026	Neumünster/Segeberg	Streit über >50 Neueintritte; Landessatzungsausschuss bestätigt deren Rechtmäßigkeit.

Die Chronologie zeigt ein Muster: Die großen historischen Skandale konzentrieren sich auf Landesregierung, Staatskanzlei und Parteiführung. Auf Kreis- und Ortsebene dominieren dagegen innerparteiliche Wahl- und Kandidatenkonflikte.

16. Analyse: Welche Muster zeigen sich?

1. Machtkonzentration und Kontrolle

Die Barschel-Affäre hatte nicht nur individuelle, sondern institutionelle Folgen. Die spätere Verfassungsreform zielte darauf, die Dominanz der Regierung zu begrenzen und Parlament und Opposition zu stärken. Das ist ein Hinweis darauf, dass der historische Skandal als Systemproblem verstanden wurde, nicht nur als Fehlverhalten einer einzelnen Person. [1][9]

2. CDU-Skandale sind häufig Führungs- und Personalgeschichten

Von Barschel über Würzbach/Rühe bis von Boetticher und Grote zeigt sich eine starke Personalisierung. Konflikte werden oft an Parteichefs, Spitzenkandidaten oder Regierungsmitgliedern sichtbar. Das macht die CDU als Landespartei anfällig für Krisen, bei denen persönliches Verhalten unmittelbar auf die Partei abstrahlt.

3. Nicht jeder Skandal im CDU-Regierungszeitraum ist ein CDU-Skandal

Die Pröhl-/Lohmann-Affären zeigen das Gegenbeispiel: Die CDU führte die Opposition und trieb Untersuchungsausschüsse voran. Ein journalistischer Bericht muss daher zwischen „unter CDU-Regierung“ und „durch CDU verursacht“ unterscheiden. [37][38]

4. Regionale CDU-Verbände sind häufig Krisenverstärker, nicht Krisenursprung

Nordfriesland forderte 2000 einen personellen Neuanfang; Schleswig-Flensburg war 2011 Schauplatz einer Regionalkonferenz nach von Boettichers Rücktritt. Beide Fälle zeigen regionale Mobilisierung innerhalb einer Landeskrise, aber keinen eigenen regionalen Skandal.

5. Die aktuelle Generation der Fälle verschiebt den Schwerpunkt

Northvolt steht für eine moderne Form politischer Verantwortungsdebatte: weniger der klassische persönliche Skandal, mehr Fragen nach Aktenlage, Informationspflichten, Förderentscheidungen und parlamentarischer Kontrolle. Die Neumünster-/Segeberg-Affäre zeigt dagegen, dass klassische innerparteiliche Machtkämpfe weiterhin existieren.

17. Quellenverzeichnis und Quellenbewertung

Die folgenden Quellen bilden die Grundlage dieses Berichts. Besonders hoch gewichtet wurden amtliche bzw. parlamentarische Quellen und historische Dokumentationen. Medienberichte wurden vor allem für zeitgenössische Abläufe und politische Reaktionen verwendet.

- [1] Schleswig-Holsteinische Landesregierung – Verfassung – 1987: Die Kieler Affäre
<https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/kultur/landeskunde/landeskunde-verfassung>
- [2] Konrad-Adenauer-Stiftung – Uwe Barschel – Barschel-Pfeiffer-Affäre und politische Aufarbeitung
<https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/uwe-barschel>
- [3] tagesschau/NDR – Streit in der CDU: Aufnahme neuer Mitglieder war rechtens, 23.06.2026
<https://www.tagesschau.de/inland/regional/schleswig-holstein/streit-in-der-cdu-aufnahme-neuer-mitglieder-war-rechtens,regionkielnews-2350.html>
- [4] CDU Neumünster – Kandidaten für die Wahlkreismitgliederversammlung 01.07.2026
<https://www.cdu-nms.de/artikel/unsere-kandidaten-fuer-die-wahlkreismitgliederversammlung-am-01-juli-2026>
- [5] NDR – Northvolt: Daniel Günther entschuldigt sich nicht / Fehler bei Informationspolitik
<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/northvolt-daniel-guenther-entschuldigt-sich-nicht,northvolt-254.html>
- [6] NDR – Northvolt-Urteil: Regierung in Kiel hat Bedenken verschwiegen
<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/northvolt-urteil-landesregierung-hat-bedenken-verschwiegen,informationspflicht-102.html>
- [7] NDR – Als die Barschel-Affäre die Republik erschütterte
<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Barschel-gegen-Engholm-Schmutziger-Wahlkampf-1987,barschelpfeifferaffaere101.html>
- [8] Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte – Barschel-Pfeiffer-Affäre
<https://geschichte-s-h.de/sh-von-a-bis-z/b/barschel-pfeiffer-affaere/>
- [9] Landtag Schleswig-Holstein – Rückblick: Von der Kieler Affäre zur neuen Verfassung
https://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/26_03_05_rueckblick_landtag_teil_2/
- [10] Konrad-Adenauer-Stiftung – Geschichte der CDU Schleswig-Holstein
<https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/statische-inhalte-detail/-/content/cdu-schleswig-holstein>
- [11] Konrad-Adenauer-Stiftung – Volker Rühle – Geschichte der CDU
<https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/volker-ruehe-v1>
- [12] Konrad-Adenauer-Stiftung – Parteispende / Union in Deutschland, 2000
https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_28004_1.pdf/eeb71abe-5a54-2fb3-6ce3-8f9250eb9182?t=1539665605776&version;=1.0
- [13] WELT – CDU in Schleswig-Holstein gerät in schwere Führungskrise, 06.03.2000
<https://www.welt.de/print-welt/article505697/CDU-in-Schleswig-Holstein-geraet-in-schwere-Fuehrungskrise.html>
- [14] Tagesspiegel – Druck auf Landeschef Würzbach wächst, 05.03.2000
<https://www.tagesspiegel.de/politik/druck-auf-landeschef-wuerzbach-wachst-personeller-neuanfang-gefordert-661882.html>
- [15] Landtag Schleswig-Holstein – Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank beendet seine Arbeit
<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2011-08-16-10-59-49-76f5/>
- [16] stern – HSH Nordbank: Kieler Regierung verschwieg Risiken
<https://www.stern.de/politik/deutschland/hsh-nordbank-kieler-regierung-verschwieg-risiken-3563032.html>
- [17] Stuttgarter Zeitung/dpa – Von Boetticher tritt wegen Affäre zurück, 14.08.2011
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.spitzenkandidat-der-nord-cdu-von-boetticher-tritt-wegen-affaere-zurueck.0f8e5444-ce2f-4358-9299-d9f734d8661c.html>
- [18] Süddeutsche Zeitung – CDU-Landeschef tritt wegen Affäre mit Minderjähriger ab
<https://www.sueddeutsche.de/politik/spekulationen-um-cdu-landeschef-carstensens-kronprinz-steht-kurz-vor-dem-ruecktritt-1.1131270>
- [19] WELT – CDU im Norden sucht den Neuanfang
https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article13581916/CDU-im-Norden-sucht-den-Neuanfang.html

[20] WELT/BILD – Von Boetticher scheitert bei CDU-Aufstellung
<https://www.bild.de/cmsid/670a7b062a748979b746fb91>

[21] Schleswig-Holstein.de – Wechsel im Kabinett: Grote tritt zurück, 28.04.2020
https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/I/Presse/PI/2020/MP/200428_mp_wechsel_kabinett.html

[22] Landtag Schleswig-Holstein – Günther beklagt „regen Schriftwechsel“ von Ex-Minister Grote
https://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/20_04_29_innenausschuss_grote_ruecktritt/

[23] Landtag Schleswig-Holstein – Schlagabtausch zu Grote-Rücktritt
https://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/20_09_09_innenausschuss_grote_befragung/

[24] Süddeutsche Zeitung – Berichtete der NDR Schleswig-Holstein einseitig zugunsten der CDU?
<https://www.sueddeutsche.de/medien/ndr-schleswig-holstein-cdu-hans-joachim-grote-1.5647999>

[25] WELT – NDR-Prüfteam findet keine Belege für „politischen Filter“
<https://www.welt.de/241295271>

[26] taz – Personaldebatte: Viel Wirbel um den Patenonkel
<https://taz.de/Personaldebatte-in-Schleswig-Holstein/%215561471/>

[27] Kieler Nachrichten – Wahlfälschung auf dem CDU-Parteitag?
<https://www.kn-online.de/lokales/kiel/wahlfaelschung-auf-dem-cdu-parteitag-PN75AQLCVWH24H7H74PS7OG7MQ.html>

[28] CDU Kiel – Infobrief März 2013 – Untersuchung der Wahlmanipulationsvorwürfe
https://www.cdu-kiel.de/sites/www.cdu-kiel.de/files/docs/infobriefe-2013/infobrief_cdu_kiel_mar2013.pdf

[29] CDU Kiel – Infobrief April 2013 – Umgang mit Vorwürfen der Ausländerfeindlichkeit
https://www.cdu-kiel.de/sites/www.cdu-kiel.de/files/docs/infobriefe-2013/infobrief_cdu_kiel_apr2013.pdf

[30] NDR – Streit in der CDU: Aufnahme neuer Mitglieder war rechtens
https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/kiel_neumuenster_ploen_rendsburg-eckernfoerde/streit-in-der-cdu-aufnahme-neuer-mitglieder-war-rechtens,regionkielnews-2350.html

[31] CDU Neumünster – Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Aufnahmen
<https://www.cdu-nms.de/artikel/unsere-kandidaten-fuer-die-wahlkreismitgliederversammlung-am-01-juli-2026>

[32] NDR – Northvolt-Chronologie
<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Northvolt-Chronologie-Vom-Hoffnungstraeger-zum-Millionengrab,northvolt546.html>

[33] ZEIT/dpa – Northvolt-Förderung: Streit um Umgang mit Akten
<https://www.zeit.de/news/2025-05/22/weiter-streit-um-veroeffentlichung-von-northvolt-akten>

[34] Landtag Schleswig-Holstein – Northvolt-Anleihe – weitere Akten sollen öffentlich werden
https://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/25_04_08_direktorin_kibuz_michal_sella-00001/

[35] BILD/dpa – Neuer Landrat in Dithmarschen gewählt
<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/welche-rolle-spielte-die-afd-neuer-landrat-in-dithmarschen-gewaeht-87090956.bildMobile.html>

[36] CDU Schleswig-Flensburg – Wikingeck-Sanierung in Schleswig
<https://www.cdu-schleswig-flensburg.de/artikel/wikingecksanierung-schleswig-bund-bricht-alle-zusagen>

[37] Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte – Schubladenaffäre
<https://geschichte-s-h.de/sh-von-a-bis-z/s/schubladenaffaere/>

[38] Landtag Schleswig-Holstein – 2. Untersuchungsausschuss / Pröhl-Komplex
<https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2003-12-04-14-04-44-41ae/>

[39] Landtag Schleswig-Holstein – 1. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss – Rocker-Affäre
<https://www.landtag.ltsh.de/ausschuesse/1-parl-untersuchungsausschuss/>

Quellenkritischer Hinweis: Ein Teil der regionalen Pressearchive, insbesondere einzelne Inhalte von sh:z, war in der Recherche technisch nicht vollständig zugänglich. Daher wurde bei regionalen Fällen stärker auf NDR, Landtag, offizielle Kreisverbandsseiten und andere frei zugängliche Quellen zurückgegriffen. Der Bericht erhebt für die kommunale Ebene deshalb keinen Anspruch auf vollständige Erfassung jedes jemals berichteten Ortsverband-Konflikts.

18. Empfehlungen für eine vertiefte journalistische Recherche

Wenn aus diesem Bericht ein veröffentlichungsfähiges Dossier entstehen soll, wären folgende Vertiefungen besonders ergiebig:

- Barschel-Akten: Untersuchungsausschussberichte 1988 und 1995 nebeneinanderlegen und die Unterschiede systematisch herausarbeiten.
- CDU-Parteispenden 1997–2000: Rechenschaftsberichte, Bundestagsdrucksachen und Landesverbandsakten auf Zahlungen an bzw. aus Schleswig-Holstein prüfen.
- HSH Nordbank: Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses mit den Rollen von Rainer Wiegard, Peter Harry Carstensen und weiteren Regierungs- bzw. Aufsichtspersonen abgleichen.
- Kiel 2013: den vollständigen Untersuchungsbericht und die späteren parteigerichtlichen Entscheidungen beschaffen, um die tatsächlichen Konsequenzen präzise darzustellen.
- Northvolt: Urteil des Landesverfassungsgerichts, Kabinettsvorlagen, Rechnungshofkritik und Landtagsdebatten zu einer Chronologie der Informationspflicht zusammenführen.
- Neumünster/Segeberg 2026: die Mitgliederentwicklung, die Satzungsentscheidung und die Kandidatenaufstellung zeitlich exakt dokumentieren, ohne die inzwischen ausgeräumten Vorwürfe weiter zu behaupten.
- Regionale Ebene: für jeden Kreisverband separat lokale Archive, Ratsprotokolle, Kommunalaufsicht, Kreisparteitage und lokale Medienberichte prüfen. Gerade dort können kleinere Affären liegen, die in landesweiten Datenbanken nicht auftauchen.

Redaktioneller Grundsatz: Bei jedem neuen Fall sollten mindestens drei Fragen beantwortet werden: (1) Was ist tatsächlich passiert? (2) Was wurde nur behauptet? (3) Was wurde anschließend offiziell festgestellt? Diese Dreiteilung verhindert, dass aus politischen Vorwürfen Tatsachenbehauptungen werden.

Ende des Recherchenberichts. Stand: 20.08.2026.